

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Daniela Wagner, Christian Kühn (Tübingen),
Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/6499 –**

Sofortprogramm Bauflächenoffensive – Hunderttausend Dächer und Häuser Programm

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein „Hunderttausend Dächer und Häuser Programm“ in Höhe von 90 Mio. Euro im ersten Jahr aufzulegen, um brachliegende Potenziale durch Dachausbau für dringend benötigte Wohnungen in den Städten zu heben. Dörfer und Ortskerne in den Regionen sollen durch die Wiederbelebung von zuvor leer stehenden Häusern ohne zusätzliche Flächenversiegelung gestärkt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

810 Mio. Euro in den Jahren 2019 bis 2021.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/6499 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatterin

Claudia Tausend
Berichterstatterin

Marc Bernhard
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Daniela Wagner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Claudia Tausend, Marc Bernhard, Daniel Föst, Caren Lay und Daniela Wagner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/6499** wurde in der 89. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. März 2019 zur Federführung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll

- eine „Grüne Bauflächenoffensive: Hunderttausend-Dächer- und Häuser-Programm“ aufzulegen, z. B. als KfW-Programm, und dazu
- 90 Mio. Euro im Jahr 2019 für eine finanzielle Förderung für 10.000 Wohnungen in ausgebauten Dächern und aktivierten, zuvor leerstehenden Gebäuden in Ortskernen bereitzustellen,
- 270 Mio. Euro im Jahr 2020 für 30.000 solcher Wohneinheiten,
- 450 Mio. Euro im Jahr 2021 für 50.000 solcher Wohneinheiten, und bei Bedarf das Programm darüber hinaus zu verlängern;
- die Förderhöhe beträgt dabei einen 10-prozentigen Zuschuss bemessen an der Höhe der Baukosten, bis zu einer Fördersumme von 150 Euro je Quadratmeter neu geschaffener oder aktivierter Wohnfläche, für Dachgeschossausbau und Aktivierung von Leerstand durch Modernisierung, Ausbau und/oder Umbau,
- die Förderung ist kumulierbar mit den Programmen der sozialen Wohnraumförderung, der Klimaschutzförderung der KfW, Förderung für Bauen mit Holz und nachwachsenden Baustoffen, MAP Wärme aus erneuerbaren Energien und anderen auszugestalten, und
- bei der Ausführung der Baumaßnahmen in Holzbauweise bzw. auf Basis nachwachsender Dämm- und Baustoffe, die Förderung auf bis zu 200 Euro je Quadratmeter aufzustocken,
- bei der Planung bei den auszubauenden Dächern und zu reaktivierenden Gebäuden eine Prüfung der Installation von Photovoltaik und Solarthermie festzuschreiben,
- bei der Ausführung von Dachausbauten oder der Reaktivierung von Gebäuden in Verbindung mit erstmaliger Installation einer Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlage, die Förderung um bis zu 25 Euro je Quadratmeter aufzustocken,
- wenn Fördermittel aus den Landeswohnraumförderprogrammen kumuliert in Anspruch genommen werden festzuschreiben, dass eine Mietobergrenze analog zu den Förderhöchstmieten im geförderten sozialen Wohnungsbau der Bundesländer gemäß der Landeswohnraumgesetze und -richtlinien eingehalten werden muss.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 46. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6499 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 40. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6499 empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 43. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6499 empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 45. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6499 empfohlen.

IV. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat in seiner 26. Sitzung am 5. Juni 2019 eine öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf Bundestagsdrucksache 19/6219 und 19/6499 durchgeführt. Hierzu hat der Ausschuss folgende Verbände bzw. Sachverständige eingeladen:

Prof. Dr. Arno Bunzel

Prokurist, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor und Institutsleiter sowie Leiter Bereich Stadtentwicklung, Recht, Soziales beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)

Ingeborg Esser

Hauptgeschäftsführerin beim GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen

Klaus Ewald

Wigger & Ewald Projektmanagement für Immobilien GmbH

Dr. Andrej Holm

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Thomas Kaup

Stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Architekten (BDA) Berlin

Reiner Nagel

Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur

Prof. Dr.-Ing. Karsten Tichelmann

Professor am Institut für Leichtbau Trockenbau Holzbau, TU Darmstadt

Dr. Kai H. Warnecke

Präsident von Haus und Grund Deutschland e. V.

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 19(24)089 bis 19(24)096 und das Wortprotokoll der Anhörung wurden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/6499 gemeinsam mit dem Antrag auf Drucksache 19/6219 in seiner 26. Sitzung am 5. Juni 2019 sowie in seiner 27. Sitzung am 26. Juni 2019 abschließend behandelt. Im Ergebnis empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 26. Juni 2019

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatlerin

Claudia Tausend
Berichterstatlerin

Marc Bernhard
Berichterstatler

Daniel Föst
Berichterstatler

Caren Lay
Berichterstatlerin

Daniela Wagner
Berichterstatlerin

